

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 23.11.2022
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:08 Uhr

Ende: 20:18 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron bis TOP 4.

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann ab 17:09 Uhr.

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb ab 18:44 Uhr.

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker
 Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
 Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis
 Herr Stadtrat Sebastian Fritz
 Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder ab 16:12 Uhr.

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
 Frau Stadträtin Karin Rauscher
 Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
 Streit ab 16:49 Uhr.

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele
 Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski
 Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr
 Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Integrationsrat

Herr Integrationsrat Andrzej Sielicki

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk
 Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

stellvertretender Ortsvorsteher

Herr Ortschaftsrat Stefan Struzyna
 Herr Ortschaftsrat Fabian Wolf

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr René Bantel
 Herr Helmuth Caesar
 Herr Geschäftsführer Peter Ernst
 Herr Jonas Grill
 Herr Alexander Groll
 Herr Gerhard Hackner
 Herr Markus Herrmann
 Frau Chiara Kriz
 Herr Helmut Ott
 Herr Michael Schaumann
 Frau Franka Zaneck

Presse

Gmünder Tagespost
 Rems-Zeitung

Abwesend:

CDU

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Christof Preiß

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Die Linke

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Nadine Molinari

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Benedikt Disam

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1 Fragen zur Weiterentwicklung der Klinikstrukturen aus hiesiger Sicht
- 2 Neufassung der Betriebsatzung für den Eigenbetrieb "Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd"
- 3 Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) und Änderung der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung)
- 4 Jahresabschluss 2021 der Touristik & Marketing GmbH;
Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushalt 2023
der Stadt zum Vollzug des Wirtschaftsplans 2023 der Touristik & Marketing GmbH
- 5 Kommunale Wärmeplanung Schwäbisch Gmünd – Vorstellung Zwischenbericht (Maßnahme 2 - Maßnahmenkatalog "Gmünd für morgen")
- 6 Unechte Teilortswahl - Vortrag von Städtetagsdezernent Norbert Brugger
- 7 2. Finanzausgabenbericht für den Zeitraum Januar bis 31.10.2022
- 8 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 9 Bekanntgaben
 - 9.1 Revitalisierung Lindenturm
 - 9.2 Furtlepass
 - 9.3 Verkehrssituation Lindach
 - 9.4 Einhorn-Ampel
- 10 Anfragen
 - 10.1 Güterbahnhof
 - 10.2 Bundesweiter Warntag
 - 10.3 Bäume Marktplatz
 - 10.4 Vogelhof
 - 10.5 Balkonkraftwerke
 - 10.6 Jugendarbeit

10.7 Lindenturm

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Er erläutert, dass der Tagesordnungspunkt zur Umbenennung der Franz-Konrad-Straße abgesetzt worden sei, da dieser zunächst im Ortschaftsrat Rehnenhof/Wetzgau vorberaten werden solle. Außerdem habe man den Tagesordnungspunkt 1 aufgrund der aktuellen Situation mit den Kliniken sowie Tagesordnungspunkt 8 neu aufgenommen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE nimmt Bezug zum gestellten Antrag der Fraktion DIE LINKE, dass man das Thema Aspen öffentlich behandeln solle. Die Verwaltung habe argumentiert, dass es gegen die Gemeindeordnung verstoße. Die Zukunft von Aspen bewege jedoch die Öffentlichkeit. Im Rahmen der Sitzung solle daher die grundlegende Strategie erläutert werden, es gehe um Transparenz.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man nicht so tun solle, als habe man bisher nie darüber gesprochen. Man müsse aufpassen, dass Sachen, die nichtöffentlich beraten werden müssten, auch nichtöffentlich bleiben. Man könne im nichtöffentlichen Teil darüber sprechen. Man habe zu anderen Zeitpunkten immer darüber gesprochen, was man mit Aspen verwirklichen wolle.

Darüber hinaus liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Fragen zur Weiterentwicklung der Klinikstrukturen aus hiesiger Sicht

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage). Er führt aus, dass bisher nicht klar sei, was der Unterschied zwischen einem Zentralklinikum und einem Regionalversorger sei. Außerdem müsse geklärt werden, was man unter einem Gesundheitscampus verstehe. Er erläutert den Zeitplan. Am 29.11. würden die Kreistagsfraktionen die Stellungnahmen zum Haushalt einbringen, am 06.12. tage der Klinikausschuss, die Mitglieder des Kreistages seien hierzu eingeladen, um über das Thema in einer Art Klausur zu beraten. Er befürchte, dass unheimlich Tempo gemacht werde, sodass ein Knopf an die Sache gemacht werden könne. Am 20.12. solle die Entscheidung über die Kriterien für den Standort des Regionalversorgers/Zentralklinikums fallen. Es seien aktuell ca. 700 Mio. Euro Kosten, man gehe davon aus, dass ca. 400 Mio. Euro vom Land kommen würden, wobei dies erst noch verhandelt werden müsse. Ca. 300 Mio. Euro an Finanzierungsbedarf würden beim Landkreis verbleiben. Man habe bis heute nicht die Antworten zu den zwei starken Standorten. Es sei auch entscheidend, ob es ein Konzept mit zwei Krankenhäusern oder wie nun vorgeschlagen, ein Zentralklinikum sei und wo der Standort wäre. Man solle erst die Inhalte klären, dann das Konzept und dann den Standort und nicht umgekehrt.

Stadträtin Dinser/CDU nimmt für die CDU-Fraktion Stellung (siehe Anlage).

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen möchte nicht auf die Flächendiskussion eingehen. Es sei nicht das Thema. Es sei wichtig, Fragen zu formulieren, diese müssten

beantwortet werden. Was man brauche, seien Fakten. Welche Fakten noch auf den Tisch müssten, könne ein einzelnes Gremium nicht entscheiden. Fakten kommen auch dann auf den Tisch, wenn die Bürger gefragt werden, dies habe man von Anfang an mitgefordert. Von der Bürgerbeteiligung sei bisher nichts zu spüren. Eine Bürgerbeteiligung heiße, ein breiteres Bild zu bekommen. Die Menschen würden sich die Fragen vielleicht auch an anderer Stelle im Ostalbkreis stellen. Es stelle sich auch die Frage, welche wirtschaftlichen Folgen ein Gesundheitscampus habe, dies müsse alles aufgearbeitet werden. Am Ende stehe die Frage, ob die Vision finanzierbar sei und wie viele Zuschüsse es für die einzelnen Ideen gebe. Man erwarte hier Antworten.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass die Diskussion seit einigen Jahren laufe. 2016/2017 habe man gehofft, eine gute Entscheidung getroffen zu haben, um Doppelstrukturen abzubauen. Diese seien nicht umgesetzt, zumindest nicht in ausreichendem Maße. Seit Jahren verschärfe sich die Bundespolitik, die Kliniken seien härter getroffen als andere. Es gebe einen dringenden Handlungsbedarf. Man müsse nun zu einer endgültigen Lösung kommen, die auch für die nächsten 20 bis 30 Jahre die medizinische Versorgung in unserer Raumschaft wirklich gut darlege. Was man berücksichtigen solle, seien die aktuellen Diskussionen auf Bundesebene. Unbestritten sei, dass die Entscheidungskompetenz beim Kreistag liege, die SPD-Kreistagsfraktion habe einen großen Fragenkatalog erstellt, es seien sehr viele Fragen offen, nicht erst seit Einbringung des neuen Vorschlags. Dennoch müsse sich der Gemeinderat um die medizinische Versorgung sorgen. Zur Personalsituation merke sie an, wo das Personal für die zusätzlichen Einrichtungen herkommen solle. Diese Frage müsse beantwortet werden. Die 700 Mio. Euro müssten auch zurückgezahlt werden, inkl. Zinsen. Man habe 28 Mio. Euro Defizit, man habe eine Belastung, die diesem Defizit entspreche. Dabei sei nicht berücksichtigt, dass während der Bauzeit auch die jetzigen Gebäude saniert werden müssten und dort ebenfalls ein Defizit anfalle. Auch bei der neuen Zentralklinik sei ein Defizit noch nicht berücksichtigt. Das neue Landratsamt werde 106 Mio. Euro kosten, vor zwei Jahren habe man mit 60 Mio. Euro kalkuliert. Die Baukostensteigerung sei enorm. Sowohl die SPD-Kreistags- als auch Gemeinderatsfraktion seien sich einig, dass man mit Mutlangen und Aalen zwei ordentlich aufgestellte Häuser habe. Man müsse die Strukturen anpassen und die Herausforderungen würden nicht geringer werden. Aber jetzt alles auf null zu setzen mit Satelliten, das müsse erst noch beantwortet werden, ob es eine tragfähige Lösung sei. Sie sei hier skeptisch. Man sehe in den Bestandshäusern eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung, ein Bürgerrat sei hier eine sinnvolle Möglichkeit. Hier müsse man noch ins Gespräch kommen, wie man dies organisiere. Sie weist darauf hin, dass der letzte Satz des Schreibens an den Landrat versöhnlicher gestaltet werden müsse, z.B. „Wir in Schwäbisch Gmünd seien für eine optimale Versorgung des gesamten Ostalbkreises und streiten dafür, dass dies gelingen werde.“

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE äußert, dass alle Fragen gestellt worden seien, die er sich selbst notiert gehabt habe. Die Fraktion könnte mit allen Fragen mitgehen. Bei einem Punkt wolle er widersprechen: Dass man nicht tiefer einsteigen müsse. Er sei vom Gegenteil überzeugt. Man habe gemeinsam mit Mutlangen diskutiert sowie den Bürgermeister. Ende Juni habe man die Erklärung zum Erhalt des Stauferklinikums beschlossen. Am Ende des Jahres seien nun aus drei zwei Kliniken geworden und nach der Sommerpause ein Klinikum mit Gesundheitscampus in Mutlangen, wo keiner wisse, was drin sei. Wenn der Prozess so intransparent weiterlaufe, sei es nur ein

Schritt Richtung eines Zentralklinikums. Über diese Fragen müsse man diskutieren. Diese Entwicklung fände er extrem schade. Eine Bürgerbeteiligung finde nicht statt. Er warne davor, den Beschluss zu fassen und erst danach zu den Bürgern zu gehen. Er schlägt vor, eine Bürgerversammlung einzuberufen und den Landrat dazu einzuladen. Der Landrat solle Rede und Antwort stehen. Im Raum stehe immer noch die vom Kreistag bereits beschlossenen Maßnahmen, die der Klinikvorstand nicht ernst genommen habe. Diese Frage sei bis heute nicht beantwortet. Es stelle sich die Frage, wo die tatsächlichen Kosten für die vorgestellten Varianten liegen würden, diese sollten der Bürgerschaft transparent vorgelegt werden.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass mit der Variante eine Abwertung des bisherigen Klinikstandorts verbunden sei. Ein Campus lasse einen gewissen akademischen Touch vermuten. Was bedeute ambulanter OP mit Nachtüberwachung? Was sei mit Komplikationen, die in der Nacht auftreten würden? Was würde vom Gesundheitscampus nachher übrigbleiben? Man wolle wissen, warum das Konzept mit Standortspezialisierung in Aalen und Mutlangen nicht schon längst untersucht worden sei. Der Prozess solle abgewartet und keine voreiligen Entscheidungen getroffen werden. Es seien nur ein paar Aspekte, die sie herausgreifen wolle. Man unterstütze das gemeinsame Schreiben von Mutlangen und Schwäbisch Gmünd und bitte um Antworten auf die gestellten Fragen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, wie die Mitarbeiter eingesetzt werden würden und welche Konzepte für die 15-Jährige Bauzeit angedacht seien. Die Mitarbeiter seien in großer Mehrzahl für den Erhalt des Stauferklinikums, sie plädieren für den Erhalt von Mutlangen und Aalen. Die Mitarbeiter würden abwandern. Das Defizit könnte auch der Pandemie geschuldet sein. Hinzu würden Kosten für das neue Landratsamt kommen. Was würde dies für die Kreisumlage bedeuten? Ein Neubau sei die falsche Entscheidung, das Stauferklinikum habe eine wirtschaftlich und gesellschaftlich übergeordnete Bedeutung für den Westen des Ostalbkreises, die Bürger hätten auch weiterhin Anspruch auf diese medizinische Versorgung, man sei skeptisch, ob das Zentralklinikum dies gewährleiste. Die Fraktion trage den Brief mit. Regionalkonferenzen, die erst nach einer getroffenen Entscheidung stattfinden würden, halte man für falsch.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass alles Wichtige bereits gesagt worden sei, oberste Prämisse sei, dass sich die Gesundheitsversorgung für Schwäbisch Gmünd nicht verschlechtere, das vorgestellte Konzept werfe Frage auf. Die Kommunikation sei mangelhaft, sie sei nicht proaktiv und nicht transparent, man fühle sich nicht ernstgenommen. Es werde ein dreistelliger Millionenbetrag investiert, ohne andere Konzepte zu überlegen. Andere Landkreise würden vor den gleichen Herausforderungen stehen. Schließlich stelle sich auch die Frage, ob das neue Konzept am Ende tatsächlich günstiger sei, wenn man die Baukosten und Unterhaltskosten betrachte. Man unterstütze das Schreiben.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Ausführungen. Es müsse Tempo herausgenommen werden, um die Fragen zu beantworten und um Bürgerbeteiligung jetzt zu machen und nicht nach den Entscheidungen. Dies sei die wichtigste Botschaft, auch für die Fraktionsreden im Kreistag. Das Thema sei in Zusammenhang mit dem Haushalt aufgekommen, aber es müsste eigenständig beraten werden. Das Stauferklinikum habe 1.400 Mitarbeiter, 20.000 stationär versorgt und 50.000 ambu-

lant. Wie viele würden dann unter wirtschaftlicher und menschlicher Sicht bei einem Satelliten übrigbleiben? Auch aktuelle Diskussionen auf Bundesebene müsse man abwarten, hier gehe die Diskussion eher in Richtung Dezentralität. Eine wohnortnahe Behandlung bedeute auch: Was passiere, wenn jetzt ein Herzinfarkt entstehe? Dies müsse erst geklärt werden, erst dann könne man das Konzept machen. Es müsse auch geklärt werden, was es für das Stauferklinikum bedeute. Daher sei wichtig, erst die Fragen der Kommunen sowie der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten. Daher solle man Reinhören und jetzt reingehen, jetzt Zuhören und dann entscheiden. Dies sei keine Störung, sondern es sei Demokratie. Er werde den Brief anpassen und auf den Weg bringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Es soll eine schriftliche Stellungnahme an den Landrat gesendet werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 13
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb "Congress-Centrum
Stadtgarten
Schwäbisch Gmünd"
Vorlage: 159/2022**

Protokoll:

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Neufassung der als Anlage 1 beigefügten Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd“ zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 3 **Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) und Änderung der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung)**
Vorlage: 192/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die als Anlage 3.1 bis 3.3 beigefügten Gebührenkalkulationen werden bestätigt. Den dazugehörenden Berechnungsgrundlagen gemäß der Anlagen 1 bis 4 sowie den weiteren Ausführungen in dieser GR-Drucksache wird zugestimmt.
2. Die als Anlage 6 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) wird beschlossen. Die Satzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.
3. Die als Anlage 7 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung) wird beschlossen. Die Satzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, 66

nachrichtlich an Amt:

zu 4 **Jahresabschluss 2021 der Touristik & Marketing GmbH;
Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushalt 2023
der Stadt zum Vollzug des Wirtschaftsplans 2023 der Touristik & Marketing
GmbH**
Vorlage: 207/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der Touristik & Marketing GmbH am 24.11.2022 folgenden Anträgen zuzustimmen:
 - a) Der vom städtischen Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2021 wird mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.121.716,77 € und einem geprüften Jahresfehlbetrag von 18.345,35 € festgestellt. Der Jahresfehlbetrag wird dabei auf neue Rechnung vorgetragen.
 - b) Der Entlastung der Geschäftsführung wird zugestimmt.
 - c) Der Entlastung des Aufsichtsrats wird zugestimmt.

(Anmerkung: Die Befangenheitsvorschriften sind zu beachten)

2. Für den Vollzug des Wirtschaftsplans 2023 der Touristik & Marketing GmbH wird beim Haushalt der Stadt für das Haushaltsjahr 2023 eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 68.000,00 € im Teilhaushalt 10 zugunsten des Budgets 10-57-50-03 (Tourismus) genehmigt. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2023.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, T&M
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Kommunale Wärmeplanung Schwäbisch Gmünd – Vorstellung Zwischenbericht (Maßnahme 2 - Maßnahmenkatalog "Gmünd für morgen")
Vorlage: 206/2022**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Frau Riecken und Herrn Seevers (Büro RBS Wave).

Frau Zanek führt in den Sachverhalt ein. Im Anschluss präsentieren Frau Riecken und Herr Seevers die Zwischenergebnisse, Herr Ernst ergänzt die Sichtweise der Stadtwerke.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man dranbleiben wolle und vor der Sommerpause nochmals den aktuellen Stand erläutern werde.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung des Zwischenberichts. Es stecke viel mehr dahinter, man habe bereits begonnen, sich in das Thema hineinzuarbeiten. Die Analyse sei sehr wichtig um zu sehen, wo man aufsetzen könne und wie man in die Umsetzung kommen könne. Nicht erst 2023, sondern man müsse sich jetzt schon Gedanken machen. Außerdem müsse man den Menschen aufzeigen, welche Lösungen es gebe.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft nicht auf kommunaler Ebene alleine machen könne, sondern nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Vorträge. Der Elektrolyseur solle berücksichtigt werden. Von welcher Bohrtiefe gehe man aus? Welche Potentiale gebe es für den Bestand? Man habe einen Umbau der Heizungen, der über Jahre gehe. Wie könne man hier mit einem Wärmenetz eingreifen. Man müsse überlegen, ob man den Stadtwerken mehr Geld für Investitionen zur Verfügung stellen müsse. Er könne sich vorstellen, dass es eine große Nachfrage gebe.

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob es technisch und organisatorisch noch möglich wäre, bis 2035 klimaneutral zu sein. Schwäbisch Gmünd sei kein Vorreiter für die Wärmeplanung, gebe es aus anderen Städten Erkenntnisse?

Herr Seevers antwortet, dass Geothermie für Schwäbisch Gmünd ein Thema sei, die Bohrtiefe sei maximal 450 Meter. Den Elektrolyseur habe man künftig auf dem Schirm. Man betrachte auch Neubaugebiete. Um am Bestand weiterzukommen, müssen die Bürger aktiv mit eingebunden werden, sodass sie sich für einen Fernwärmeanschluss entschließen.

Frau Riecken ergänzt, dass man die Berechnungen nach den Vorgaben der KEA gemacht habe, daher sei es bis 2040 gerechnet.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man an der Windenergie dran sei.

Frau Riecken äußert, dass Bruchsal, Freiburg und Zürich Vorreiter seien.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE führt aus, dass der Gemeinderat den Beschluss für 2035 gefasst habe. Es wäre trotzdem wichtig, dass man rechtzeitig starte, viele Dinge würden auf der Hand liegen, es gehe darum, dass man die Voraussetzungen schaffe. Welche Angebote gebe es auch mit Blick auf den Heizungswechsel? Er erkundigt sich außerdem, bis wann die noch ausstehenden Maßnahmen abgeschlossen seien, ob Ende 2023 richtig sei?

Frau Riecken und Herr Seevers bestätigen dies.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass bei Gas- und Ölheizungen viele fällig seien, hier müsse man überlegen, wie es weitergehe und auch, wo man Nahwärmeinseln ausweise. Eine Beratung der Bürger sei notwendig.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es bereits Beratungen gebe.

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste führt aus, dass man die Netze weiter ausbauen müsse, nächstes Jahr werde man das 15-fache an Material geliefert bekommen. In vielen Köpfen sei der Grundgedanke, dass PV und Wärmepumpe ausreiche, dies sei jedoch nicht richtig. Man brauche mehr Strom, weil Gas und Öl wegfallen. Man müsse daher beachten, dass man einen hohen Strombedarf im Leitungsnetzwerk haben werde.

Stadtrat Christian Krieg/CDU äußert, dass ein Flyer für den Kaminfeger gut wäre. Außerdem erkundigt er sich, ob es Anreize gebe. Zudem möchte er wissen, ob die Geothermie bei der Genehmigung immer noch so kompliziert sei und ob Aspen einbezogen sei.

Frau Riecken antwortet, dass Aspen nicht einbezogen sei.

Frau Zaneck äußert, dass man nun Workshoptermine habe und man schnell in die Umsetzung kommen wolle.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass die Anreize von Schwäbisch Gmünd beschränkt seien, dies müsse von übergeordneter Ebene erfolgen.

Herr Ernst antwortet, dass es ein hoher Investitionsbedarf sei, bis 2030 müssten 140 Mio. Euro investiert werden. Dies könne man unmöglich alleine schaffen ohne Förderung. Von den Industriekunden hätten sich viele nicht gemeldet, obwohl alle angeschrieben worden seien. Diese hätten im Augenblick andere Probleme. Man werde gemeinsam noch nacharbeiten. Neubaugebiete könnten nicht berücksichtigt werden aktuell, da es nicht vorhanden sei. Man habe letzte Woche bereits darüber gesprochen, es gebe viele technische Möglichkeiten. Man arbeite zusammen, es komme auch auf die Handwerker an. Es werde ein Kraftakt, es hinzubekommen. Er fordert die Stadträte auf, Werbung für die Nahwärmenetze zu machen. Diese seien bei geringer Nachfrage sehr defizitär.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11

nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Unehchte Teilortswahl - Vortrag von Städtetagsdezernent Norbert Brugger
Vorlage: 203/2022**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Brugger.

Herr Brugger präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Vortrag. Man habe Handlungsbe-

darf, auch in Bezug auf das Urteil. Nach jetziger Situation seien Degenfeld und Husenhofen/Zimmern/Burgholz in einer schwierigen Situation. Die nächsten Kommunalwahlen würden 2024 sein, daher müsste man gemeinsam bewerten, auch im Ältestenrat.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob man als Gemeinderat auch das Risiko eingehe, dass dann geklagt werde.

Herr Brugger antwortet, bei der Abschaffung sei man 100 Prozent auf der richtigen Seite. Bei anderen Konstellationen gebe es diese Sicherheit nicht.

Stadtrat Kaiser/CDU führt aus, dass die unechte Teilortswahl immer wieder im Gespräch sei, man mache aber genau das Gleiche beim Kreistag, bei der Landtags- und Bundestagswahl habe man eine echte Teilortswahl. Er erkundigt sich, ob eine echte Teilortswahl eine Alternative sei oder ob dies rechtlich gar nicht mehr zulässig wäre. Er erkundigt sich, ob es Gemeinden gebe, die die unechte Teilortswahl bisher nicht eingeführt hätten und nun einführen oder Gemeinden, die diese hatten, abgeschafft haben und nun wieder einführen möchten wie z.B. Hüfingen? Bei den Eingliederungsverträgen gebe es viele Teile, die noch nicht umgesetzt seien. Er erkundigt sich, was bei Meinungsverschiedenheiten durch Ortschaftsräte passiere und ob diese tatsächlich ein rechtliches Mitspracherecht hätten oder ob dies nur moralisch sei. Man müsste die Ortschaftsräte in die Diskussion einbeziehen. Es müsste von dort aus zunächst ein positives Signal kommen, damit man verzichten könnte.

Herr Brugger antwortet, dass Gemeinden, die die unechte Teilortswahl abgeschafft hätten, diese nicht wieder eingeführt hätten. In Hüfingen habe es einen Bürgerentscheid zur Beibehaltung gegeben, in einer anderen Kommune gebe es einen vergleichbaren Fall. Die Wohnbezirke würden besser als vor der unechten Teilortswahl abschneiden. Zu den Regelungen der Eingemeindungsverträge aus den 1970er Jahren und Meinungsverschiedenheiten könne er nichts sagen. Die Ortschaftsräte würden gehört werden, hätten jedoch kein Mitentscheidungsrecht.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Man habe Mitleid mit den Befürwortern der Beibehaltung. Wichtig sei ihm der Punkt, dass das Urteil von Tauberbischofsheim kein Urteil sei, das als logische Konsequenz die Abschaffung erfordere. Aber man müsse nachjustieren, wenn man die unechte Teilortswahl beibehalten wolle, dies erschwere es. Er erkundigt sich, wann der Beschluss spätestens gefasst werden müsse. Außerdem erkundigt er sich nach einer Berechnung für 52 Sitze und die prozentuale Repräsentanz. Er erkundigt sich, ob der Wohnbezirk durch die ehemalige Gemeindegrenze festgelegt oder variabel sei, weil man in Teilorten eine dynamische Entwicklung habe. Außerdem möchte er von der Stadtverwaltung das weitere Verfahren wissen.

Herr Brugger antwortet, dass die Frist nicht festgelegt sei, spätestens am Tag der Wahlbekanntmachung sei es erforderlich. Dies sei jedoch zu knapp wegen der Bewerberaufstellung. Daher sollte es im Sommer 2023 spätestens klar sein, je früher, desto besser. Wohnbezirke könnten nur in Städten mit getrennten Ortsteilen gebildet werden, man könne diese zusammenlegen, diese müssen nicht direkt aneinandergrenzen, aber in räumlicher Nähe zueinander sein.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man im Ältestenrat die Ergebnisse vorstellen werde und anschließend auf die Ortsvorsteher zugehe. Danach müsse man besprechen, wie man formal vorgehe. Man müsse aufgrund des Urteils Anpassungen vornehmen. Spätestens in der letzten Sitzung vor der Sommerpause müsse man einen Knopf daranmachen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD erkundigt sich, ob es Untersuchungen gebe, ob es bei der Briefwahl weniger ungültige Stimmzettel gebe.

Herr Brugger antwortet, dass man die Stimmzettel immer davor zugesendet bekomme. Es gebe jedoch keine Untersuchungen.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wie man die Ortschaftsräte stärken könne, was sei hier in anderen Städten passiert.

Herr Brugger antwortet, dass Villingen-Schwenningen Vorreiter gewesen sei.

Ortvorsteher Zischka führt aus, dass auf Ortschaftsratsebene ebenfalls eine unechte Teilortswahl stattfinde. Ohne unechte Teilortswahl fehle in den Flecken die Vertretung. Er könne sich nicht vorstellen, dass diese auf Gemeinderatsebene abgeschafft werde und man diese auf Ortschaftsratsebene beibehalte.

Herr Brugger antwortet, dass es immer darauf ankommen, welche Kandidaten und Wähler vorhanden seien, eine Versicherung für die Vertretung eines Teilortes gebe es dann nicht mehr, die Wähler würden darüber entscheiden.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob es einen rechtlich zwingenden Zusammenhang zwischen der Abschaffung der unechten Teilortswahl beim Gemeinderat und beim Ortschaftsrat gebe.

Herr Brugger verneint dies.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich bei Herrn Brugger.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10
nachrichtlich an Amt:

zu 7

2. Finanzzwischenbericht für den Zeitraum Januar bis 31.10.2022

Vorlage: 209/2022

Protokoll:

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt und informiert, dass man von der geplanten Verlängerung des § 2b UStG Gebrauch machen werde.

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich, welche Auswirkungen der Förderstopp für den Breitbandausbau bedeute, da 20 Mio. Euro im Haushalt eingestellt seien.

Herr Groll antwortet, dass es teilweise wieder zurückgenommen werde. Bei den weißen Flecken dürfe man nun wieder nachmelden, die grauen Flecken habe man noch nicht berücksichtigt gehabt, sodass es keine Auswirkungen habe.

Stadträtin Heusel/SPD bittet darum, im Januar einen aktualisierten Investitionsplan zu bekommen, sodass man schauen könne, wo man stehe und nochmals Prioritäten setzen könne.

Herr Bantel antwortet, dass man es sowieso im Februar oder März geplant habe. Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Er erkundigt sich, ob man künftig bessere Prognosen machen könne, um besser planen zu können.

Herr Bantel antwortet, dass man zur Berechnung der Gewerbesteuer die laufenden Vorauszahlungen nehme. Man sei bei Gewerbesteuer immer dran, man habe laufende Vorauszahlungen. Man gehe davon aus, dass die Rezession nächstes Jahr durchgreife.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 8 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 215/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 9 Bekanntgaben**zu 9.1 Revitalisierung Lindenturm****Protokoll:**

Herr Caesar stellt die Planungen vor (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 65

zu 9.2 Furtlepass**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass beim Furtlepass das Land Bauherr sei. Der erste der beiden Bauabschnitte sei inzwischen abgeschlossen, die Sanierung zwischen Weiler-Hornberg laufe momentan. Dies dauere etwas länger als geplant, da das Land zusätzliche Arbeiten in Auftrag gegeben habe. Als neuer Termin für die Wiedereröffnung sei nun Mitte Dezember genannt worden. Seit dem Vortag gebe es Fahrbahnfräsarbeiten, auch die Umleitungsstrecke müsse bis 01.12. gesperrt werden. Man müsse prüfen, ob man die steile Umleitungsstrecke witterungsbedingt wiedereröffnen könne.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 9.3 Verkehrssituation Lindach**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass eine Verkehrsschau stattgefunden und verschiedene Maßnahmen beschlossen worden seien.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 9.4 Einhorn-Ampel

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass man bezüglich der Einhorn-Ampel nochmals dem Verkehrsminister geschrieben habe. Man hoffe auf ein positives Zeichen, dies wäre ein wunderbares Weihnachtsgeschenk.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 10 Anfragen

zu 10.1 Güterbahnhof

Protokoll:

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich, welche Bauarbeiten am Güterbahnhof stattfinden würden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Planungen bereits vorgestellt habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 10.2 Bundesweiter Warntag**Protokoll:**

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich, was die Verwaltung für den bundesweiten Warntag plane.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies noch abgesprochen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 10.3 Bäume Marktplatz**Protokoll:**

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, wann man über die Bäume auf dem Marktplatz berichten werde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man derzeit das Konzept ausarbeite und am 25. Januar 2023 in einer gemeinsamen VABUA vorstellen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 2, 11, 67, 13

zu 10.4 Vogelhof**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich, was beim Vogelhof derzeit ausgehoben werde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60, 66
nachrichtlich an Amt:

zu 10.5 Balkonkraftwerke**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich nach den Balkonkraftwerken. Man solle geringe Anreize setzen, um die Nachfrage zu erhöhen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es hierzu Gespräche gebe, aber es habe noch nicht so richtig gezündet. Woran es liege, wisse er aktuell nicht. Man werde es besprechen und die Stadträte mit einbeziehen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, Stadtwerke
nachrichtlich an Amt:

zu 10.6 Jugendarbeit**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass es herausfordernde Jugendliche gebe. Das Argument sei gewesen, dass die Personaldecke gering sei. Er erkundigt sich, ob dies tatsächlich so sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies nächste Woche im Sozialausschuss besprechen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 10.7 Lindenturm**Protokoll:**

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW erkundigt sich, wie der Lindenturm überhaupt genehmigt werden konnte und ob es der Wunsch des Künstlers sei, dass der Lindenturm den Gang eines Zeitlichen gehe oder ob man diesen mit Unterhaltungsmaßnahmen am Leben erhalten könne.

Bürgermeister Mihm äußert, dass man es geprüft habe, man habe im Rahmen der Landesgartenschau ein besonderes Zeichen setzen wollen. Man wolle es so lange wie möglich erhalten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 65

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: